

Weltbank startet riskantes Experiment

Gastbeitrag: Die **neuen Standards für Kredite** sollen ab 2018 gelten. Ob sie Umwelt und Mensch effektiv schützen werden, **ist stark zu bezweifeln**.

Im Oktober wird die Weltbank auf ihrer Jahrestagung ihre neuen Umwelt- und Sozialstandards vorstellen. Im August hat sie sie nach vierjähriger Überarbeitung verabschiedet. Sie sind jedoch weniger verbindlich als bisher und können außerdem künftig ersetzt werden durch nationale Systeme der Länder, aus denen die jeweiligen Kreditnehmer kommen. Damit startet die Weltbank ein riskantes Experiment.

Bisher setzte sie als global einflussreichste Finanzinstitution mit ihren Standards die Messlatte, an der sich andere Finanz- und Entwicklungsinstitutionen orientieren. Die Weltbank war die erste internationale Institution, die vor drei Jahrzehnten begann, verbindliche Richtlinien zu Umweltrisiken und dem Schutz betroffener Bevölkerungen einzuführen. Zuvor waren Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen infolge ihrer Projekte bekannt geworden. Durch den internationalen Protest stand ihre Reputation auf dem Spiel. Sie konnte negative externe Effekte von Projekten auf die empfindliche Umwelt nicht länger den Kreditnehmern überlassen.

Interne Fehlanreize bleiben

Jedoch wurden die sogenannten „Safeguards“ der Weltbank oft nicht adäquat angewendet. Denn das interne Anreizsystem favorisiert eine effiziente Kreditbewilligung. Die Einhaltung von Umwelt- und Sozialrichtlinien gilt vielfach als zeitraubendes Hindernis. Das Thema wird schnell abgehakt. Die Folgen sind immer wieder fatal: Zwangsvertreibungen in Äthiopien und Kenia, Umweltverseuchung im Tschad und Indien. Mehr als drei Millionen Menschen haben in den letzten zehn Jahren durch Weltbankprojekte ihre Lebensgrundlage verloren oder wurden vertrieben.

Die neuen Umwelt- und Sozialstandards sollen für eine bessere Implementierung sorgen. Aber wie das geschehen soll, bleibt unklar. Vor allem gehen sie das Problem des Anreizsystems nicht an, im Gegenteil: Anders als bisher können künftig Projekte bewilligt werden, ohne vorab die volle Reichweite ihrer Umwelt- und Sozialrisiken zu evaluieren. Das soll die Verfahren beschleunigen, aber es schränkt die öffentliche Beteiligung zu Beginn eines Projekts ein, wenn Korrekturen noch möglich wären.

Folgenabschätzung aufgeweicht

Die neuen Standards enthalten zwar willkommene Ergänzungen, wie den Schutz von Arbeitnehmern. Allerdings fällt diese Vorgabe weit hinter den Empfehlungen von Gewerkschaften zurück: Sie ignoriert insbesondere die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Und das Recht auf Versammlungsfreiheit hängt von der lokalen Gesetzgebung ab, die dies oft blockiert. Die Weltbank hat ihre Standards auf einen niedrigen Nenner reduziert. Dahinter steht die Furcht vor einem Verlust von Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten angesichts neuer und starker Konkurrenz, wie der von Peking gegründeten Asiatischen Infrastruktur Investment Bank.

Ob die neuen Standards Umwelt und Mensch effektiv schützen und zur Armutsbekämpfung, dem Ziel der Weltbank, beitragen werden, bleibt offen und wird zu Recht von zivilgesellschaftlichen Organisationen bezweifelt. Da Deutschland einer der wichtigsten Anteilseigner ist, trägt die Bundesregierung große Mitverantwortung. Sie sollte den Bundestag regelmäßig über die Resultate dieses Experiments informieren.

KÖPFE & AUSSENANSICHT
9.9.2016 | Nr. 9

Autorin



Korinna Horta

ist Umweltökonomin mit mehr als 20 Jahren Erfahrung in der Analyse und Beratung zu internationaler Menschenrechts- und Umweltpolitik. Die promovierte Geographin ist seit 2011 Senior Policy Advisor der deutschen Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald und arbeitet vor allem von Lissabon und Washington aus. Zwischen 2010 und 2015 war Horta Expertin im Beschwerde-Ausschuss der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Washington.

Fakten & Daten

Die Standards gelten für die „**International Bank for Reconstruction and Development**“ (IBRD) und die „**International Development Association**“ (IDA). Diese helfen Ländern, um die extreme Armut bis 2030 zu beenden und eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Sie gaben 2015 laut » **Weltbank-Jahresbericht** 60 Billionen Dollar dafür.

Zunächst nicht betroffen ist der Finanzierungsarm » **International Finance Corporation** für Geschäfte mit der Privatwirtschaft. Die IFC gab 2014 Anleihen über 16 Billionen Dollar aus, um Projekte finanziell zu unterstützen. Den Anpassungen der Weltbankstandards folgte stets eine Überarbeitung der „**IFC Performance Standards**“ für Umwelt und Soziales. Laut Beobachtern könnte deren Revision ab 2017/18 anstehen.